EVP-Nationalrätinnen
Maja Ingold ZH maja.ingold@parl.ch 079 339 23 22
Marianne Streiff BE marianne.streiff@parl.ch 079 664 74 57

Sessionsbericht

Nr. 12 Sommer 2013

Liebe Leserinnen und Leser,

Die vergangene Session war eine seltsame Kreuzung zwischen einem Krimi und einem mühsamen harzigen Sich-Vorwärts-Arbeiten, um am Schluss wieder am Anfang zu stehen. Die „Lex USA“, der Versuch, den Steuerstreit mit den USA zu bereinigen, dominierte die Session. Gemäss Medien hatten wir den Kopf nur dort und gar nicht Zeit für anderes, geschweige denn Wichtiges. Dabei fielen gewichtige Entscheide bei der Verkehrs- und Energiepolitik und letzten Endes nach langem Seilziehen in Gesundheits- und Sozialpolitik. Und vieles mehr, wir wünschen Ihnen interessante Lektüre mit unseren Streiflichtern

Steuerdeal mit USA zur Beilegung des Steuerstreits endgültig geplatzt

Der Nationalrat hat die „Lex USA“ definitiv abgelehnt. Gerne würde man darüber jubeln und die Geschichte vom mutigen David erzählen, der dem riesigen Goliath trotzt. Der ein Gesetz ablehnt, das wegen Zeitdruck und unklarer Folgen eine Zumutung ist. Doch der Freudenschrei bleibt sogar den Verantwortlichen FDP, SVP und SP im Hals stecken. Denn niemand in diesem Parlament hat sauber abwägen können, ob man sich ein Nein überhaupt leisten kann. Ob Goliath nicht vernichtend zurückschlagen wird. Stattdessen wurden Spiele gespielt und die Parteien wollten alle sich selber in vermeintlich bestem Licht darstellen. Aber selbst die „Sieger“ triumphierten nicht, sondern schickten eine unterwürfige Erklärung nach Washington. Von Anfang an war der Krimi geprägt von Mutmassungen, teils unsorgfältigen Risikoabwägungen und vom Versteckspiel.
Nun hat sich primär die FDP durchgesetzt, die seit Beginn der Affäre wollte, dass der Bundesrat den Steuerstreit selber löst. Dieser sagte immer, die Probleme der Banken mit der US-Justiz seien ohne neues Gesetz nicht zu lösen. Nun muss er es trotzdem versuchen. Wenn es schief geht, wird die FDP den Hauptanteil der politischen Verantwortung übernehmen müssen. Die CVP-EVP-Fraktion hat hier für einmal einmütig und mit Engagement den Bundesrat unterstützt.

IN DIESEM BERICHT

Steuerdeal mit USA 1
UNO-Behindertenrechts-Konvention 2
IV-Revision.....2
VCS-Initiative und FABI 3
Rohstoffbericht 4
Volksinitiative gegen die Massen-einwanderung 4
IV-Revision 5
Geschäftsbericht..... 5
Staatsvertrag Luftverkehr.....6
CO2-Abgabe und Kompensation 6
„Fukushima“-Koalition 6
Ärztestopp.....7

Abbruch der IV-Revision

Der zweite Teil der 6. IV-Revision ist gescheitert. Nach rund zwei Jahren Diskussion versenkte der Nationalrat die Revision. Eine Allianz aus SVP, SP und Grünen stimmten der Abschreibung des Gesetzes zu. Es ist die übliche unheilige Allianz, deren Parteien aus entgegengesetzten Gründen das Gesetzeswerk bodigen und die ganze engagierte Kompromissarbeit der Mitteparteien zu Makulatur machten. Als unüberwindbares Hindernis erwies sich die Schuldenbremse, welche der Bundesrat einführen wollte um für den Fall, dass die versprochene Entschuldung und Sanierung der IV nicht erfolgreich ist, Gegensteuer zu geben. Der Interventionsmechanismus sah vor, dass der Bundesrat für längstens 5 Jahre opfersymmetrisch auf Seite Arbeitgeber (Erhöhung Beitragssatz) und Rentner (sistierte Teuerungsanpassung) Korrekturmassnahmen ergreift, um die Sanierung dennoch zu gewährleisten. Anderer strittiger Punkt war die Frage, ob wie bisher 70% Invaliditätsgrad zu einer vollen Rente berechtigen oder neu erst 80%. (Fraktionsvotum Ingold, Plädoyer gegen die Verschlechterung) Nach mehreren Ja-Bekenntnissen der Ratsmehrheit beim Bisherigen zu bleiben und auf die einschneidende Erhöhung zu verzichten, reichte es zwar, den Ständerat in zweitletzter Minute der Einigungskonferenz zu überzeugen, aber nur um in der letzten Minute und Schlussabstimmung nein zu sagen. Es bleibt alles wie es ist. Sollte man nicht lachen darüber? Warten, was die schon in Kraft gesetzten IV-Revisionen bringen und danach schauen, was es effektiv zur Sanierung braucht. Für die Behinderten-Organisationen mag das befriedigend sein. Für Maja als Mitglied der Kommission, die seit Monaten an Kompromissen gearbeitet hat, und für den Bundesrat, der die längst fälligen Verbesserungen wie das stufenfreie Rentensystem in die Schublade legt, ist es besorgniserregend. Schon die AHV-Revision ist gescheitert wegen parteipolitisch ideologischen Schranken. Und jetzt die IV. Wenn nicht Einsicht wächst einen neuen Geist des Kompromisses, der Lösungsorientierung einziehen zu lassen, lähmen wir uns gegenseitig noch ganz.

Übereinkommen Menschen mit Behinderung (UNO – Behindertenkonvention)

Am Freitagmorgen zum Sessionsschluss behandelten wir noch ein Geschäft, welches für uns EVP- Nationalrätinnen und unser Engagement von grosser Wichtigkeit war: Der Beitritt zur UNO-Behindertenkonvention. Maja war in diesem Geschäft Kommissionssprecherin. Sie erläuterte in ihrem Votum klar, warum sie und ausser der SVP die ganze Kommission diese Konvention unterzeichnen wollen.

Marianne organisierte als CO-Präsidentin der parlamentarischen Gruppe für Behindertenfragen eine interessante Mittagsveranstaltung für die Parlamentsmitglieder mit dem Staatssekretär Rossier und mit Vertreterinnen von Behindertenorganisationen.

Worum geht es: Die Behindertenkonvention will die Diskriminierung der über einer Milliarde Menschen mit Behinderung weltweit bekämpfen und ihnen die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. 129 Staaten und die EU haben die Konvention bereits ratifiziert. Die Schweiz erfüllt die Anforderungen des Übereinkommens mit dem Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderung weitgehend. Die SVP bekämpfte diese Vorlage und verlangt Rückweisung. Sie gehen fälschlicherweise von der Annahme aus, dass die Konvention eine rechtliche Grundlage sei, die Forderungen enthalte, die eine Regulierungswelle auslöse. In der Mittagsveranstaltung erläuterte Staatssekretär Rossier aber glaubhaft, dass die Konvention keine rechtlichen Folgen

HOMEPAGE DER EVP UND INFORMATIONEN ZUR NATIONALEN POLITIK

www.evppev.ch

Parlamentarische Vorstösse Nationalrätinnen

Klicken Sie:

- www.evppev.ch
- Schnellzugriff
- Die EVP im Nationalrat
- Parlamentarische Vorstösse im Nationalrat

und Verpflichtungen hat. Sie eröffnet keinen Beschwerdeweg, ist aber ein deutliches Zeichen zu Gunsten von Menschen mit Behinderung. Der Rat hat der Ratifizierung dann auch mit 119:68 Stimmen deutlich zugestimmt. Votum Maja Kommissionssprecherin

Volksinitiative (VCS-Initiative) und FABI

Ziel der Initiative ist es, die Mobilitätsbedürfnisse durch eine Förderung des öffentlichen Verkehrs auf eine klima- und umweltfreundliche Art zu bewältigen. Sie beinhaltet einen neuen Grundsatzartikel zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und der Verlagerung des Güterverkehrs. Sie sieht vor, dass die Förderung hauptsächlich über die Finanzierung der Infrastruktur erfolgt. Die notwendigen Finanzmittel beim öffentlichen Verkehr werden über eine Änderung der Zweckbindung der Mineralölsteuererträge in der Bundesverfassung erlangt. Rund die Hälfte der bisher dem Strassenverkehr gewidmeten mittel soll neu dem öffentlichen Verkehr zukommen. Bei Annahme der Initiative würden Bundesmittel zulasten der Strasse und zugunsten des öffentlichen Verkehrs verschoben. Beim Strassenverkehr ergäbe sich aufgrund der Verteilung der Mineralsteuereinnahmen eine Finanzierungslücke von gut 2,5 Mia pro Jahr. Der Bundesrat schlug mit dem direkten Gegenvorschlag „FABI“ einen anderen Weg ein. ÖV und Strasse sollen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden. Die Schiene kann nicht ihr Finanzierungsproblem zulasten der Strasse lösen. Wir brauchen beides.

Finanzierung und Ausbau der Eisenbahninfrastruktur („FABI“)
Unter diesem trockenen technischen Titel verbergen sich eine ganze Reihe wichtiger volkswirtschaftlicher und ökologischer Anträge, die zum Teil auch ganz konkrete Auswirkungen haben auf den Alltag als Steuerzahler, als Pendler, als Nutzerin unserer hoch ausgebauten Verkehrsinfrastrukturen. Ein umstrittener Antrag will den Fahrkostenabzug bei den Steuern limitieren. In Anbetracht der Verkehrsprognosen – der Verkehr wird bis 2030 nochmals 25% zunehmen – ist es wichtig, das Verkehrswachstum mit volkswirtschaftlich und gesellschaftlich sinnvollen Massnahmen möglichst gering zu halten. Gerade die Pendlerströme sind für die Verkehrsinfrastruktur eine enorme Belastung. Deshalb haben Bundes- und Ständerat sich dafür ausgesprochen, den Steuerabzug für die Berufsauslagen im Zusammenhang mit dem Pendeln zwischen Wohn- und Arbeitsort auf maximal Fr. 3000 zu begrenzen. Unlimitierte Berufskostenabzüge sind ein zu grosser Fehlanreiz und wurde vom Nationalrat auch bestätigt. Es ist im Sinne der bereits beschlossenen Ziele der Raumplanung, der Energiepolitik und des Klimaschutzes, dass Won- und Arbeitsort nicht immer weiter weg voneinander liegen. Die Limitierung des Pendlerabzuges stellt die zentrale ökologische Verbesserung des Gegenvorschlages zur Volksinitiative dar.
Zentrale Idee von FABI besteht darin, Betrieb, Substanzerhalt und Ausbau der Eisenbahninfrastruktur aus einem neuen Bahninfrastrukturfonds zu finanzieren. Im ersten Ausbauschritt sind 6,4 Mia Fr. vorgesehen. Das Konzept des Bundesrates wird grossmehrheitlich und auch von der EVP unterstützt, die Volksinitiative dagegen lediglich von SP, Grünen, GLP und EVP.

Volksinitiative zum Stopp der Masseneinwanderung

Die SVP hatte die Initiative "Masseneinwanderung stoppen" vor etwas mehr als einem Jahr eingereicht. Sie verlangt, dass die Schweiz die Zahl der Aufenthaltsbewilligungen für Ausländerinnen und Ausländer durch jährliche Höchstzahlen und Kontingente begrenzt. Schweizerinnen und Schweizer sollen auf dem Arbeitsmarkt Vorrang haben. Würde die Initiative angenommen, müsste die Schweiz das Personenfreizügigkeitsabkommen laut Initiativtext innerhalb von drei Jahren neu verhandeln. Die Initianten wollen so erreichen, dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig steuern kann. Alle Fraktionen des Nationalrates ausser der SVP sind der Auffassung, dass dies der falsche Weg ist. Die staatpolitischen Kommission SPK führte in der vorparlamentarischen Beratung auch zahlreiche Anhörungen durch. Eingeladen waren der Arbeitgeberverband, der Gewerbeverband, der Bauernverband, der Gewerkschaftsbund, Travail Suisse und die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen. Sie alle lehnen die Initiative aus denselben Gründen ab. Die Schweiz wäre im Abseits. Die Personenfreizügigkeit mit der EU sei für die Schweiz ein Erfolgsmodell, betonte auch Marianne in ihrem ausführlichen Votum als Sprecherin der CVP/EVP Fraktion, wobei sie nicht ausblendete, dass Zuwanderung ein polarisierendes Thema mit ganz klarem und dringendem Handlungsbedarf ist und bleibt. So zum Beispiel auf dem Wohnungsmarkt, beim Energieverbrauch, dem Infrastrukturausbau, dem Verkehr, der Sicherheit, der Bildung , Integration und vielem mehr. Ein vom Parlament letztes Jahr verabschiedeter Bericht über die Personenfreizügigkeit zeigt deutlich auf, in welche Richtung die bereits ergriffenen und angedachten Gegenmassnahmen gehen.
In der Monsterdebatte, zu der sich fast die Hälfte der Ratsmitglieder für ein Votum eingeschrieben hatten, hat Maja sehr differenziert auf folgende Aspekte aufmerksam gemacht: „Mit der Volksinitiative zum Stopp der Masseneinwanderung legt die SVP ein völlig

Mehr Transparenz im Rohstoffhandel

Nationalrätin Maja Ingold (EVP, ZH) reagiert mit zwei Vorstössen auf den Rohstoffbericht des Bundesrates. Mit einer Motion will sie den Bundesrat auf ein Massnahmenpaket zur schnellen Erhöhung der Transparenz im internationalen Rohstoffhandel verpflichten. Mit einer Interpellation wirft sie die Frage auf, inwiefern die freiwillige Selbstregulierung der Unternehmen genüge, damit diese ihre Verantwortung bezüglich Menschenrechte, Sozialstandards und Umweltschutz wahrnähmen.

Der Rohstoffbericht des Bundesrates ortet in seiner Analyse ein erhebliches Defizit an Transparenz, das für Korruption und Geldwäscherei, Nichterfüllung von Schutzpflichten, Kapitalflucht, Steuerflucht und –vermeidung und undurchsichtige Lizenzvergaben verantwortlich ist. Mit einer Motion will Nationalrätin Maja Ingold (EVP, ZH) deshalb den Bundesrat beauftragen, ein Massnahmenpaket zur schnellen Erhöhung der Transparenz im internationalen Rohstoffhandel zu schnüren und umzusetzen.

Motion: Aktionsplan Transparenz im Rohstoffhandel

Interpellation: Rohstoffbericht: Unternehmensverantwortung als freiwillige Selbstbindung oder verbindliche Vorschrift?

anderes Konzept der Einwanderungspolitik und damit ein völlig anderes Konzept der Partnerschaft mit Nachbarländern und der weltweiten Partnerschaft vor. Die grundsätzliche Neuausrichtung geht konsequent von naheliegenden Gedanken aus: „Was dient uns und was nicht?“ Und weiter: „Der Mensch als Kostenfaktor, der Mensch als Nutzfaktor: Die Selektion für die Einwanderung in die Schweiz, auf diese Insel der Glückseligen, soll nach Kompetenz, nach Bildung und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit stattfinden. Da bleibt mir der Atem weg, wenn ich diese Grundhaltung erkenne und mich frage, wohin wir gekommen und wie Eigennutz und Egoismus der heutigen "Für mich stimmt's"-Gesellschaft unverblümt und in der ganzen menschlichen Härte salonfähig geworden sind.“ Maja kommt zum Schluss: „Die EVP könnte sich nie hinter eine Lösung stellen, die menschliche Grundwerte ritzt. Deshalb lehnt sie die Volksinitiative ab und setzt sich für andere Massnahmen ein.“
Link Votum Marianne und Link Votum Maja

Geschäftsbericht des Bundesrates

Der Nationalrat hat auch den Geschäftsbericht des Bundesrats 2012 zur Kenntnis genommen. Er gibt Auskunft über die Erfüllung angestrebter Ziele und über unvorhergesehene Ereignisse. Laut Bundesrat standen im Berichtsjahr unter anderem die langfristige Sicherung der Energieversorgung, Wachstum und Wettbewerb im Vordergrund. Die Bundesrätinnen und Bundesräte stellen den Bericht ihrer Departemente der Geschäftsprüfungskommission der Räte (GPK) vor. Diese wiederum beauftragen einzelne Mitglieder, ihrem Rat zu rapportieren. Zum Beispiel Marianne: Als Fraktionssprecherin äusserte sie sich zum Bericht aus dem EJPD und dem EFD. Sie lobte Justizministerin Sommaruga für ihr Augenmass im Umgang mit polarisierenden Themen in ihrer Direktion wie z.B. Zuwanderung und Asylwesen, Familienrecht. Im Finanzdepartement legte Marianne den Fokus auf die Massnahmen zur Personalstrategie 2011-2015 und dabei im speziellen die Integration von Menschen mit Behinderung in der Bundesverwaltung: „Der Bund hat als Ziel eine Bandbreite von 1-2% der Anstellungen für Menschen mit Behinderung festgelegt. Im letzten Jahr konnte er sich von 1,2 auf 1,3% steigern. Das ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.“
Link Votum Marianne
Auf Mariannes Votum reagierte Bundesrätin Evelyne Widmer Schlumpf mit folgendem Hinweis:
„Frau Nationalrätin Streiff hat die Politik im Bereich der Menschen mit Behinderungen, also die Personalpolitik, angesprochen. Wir bemühen uns wirklich ernsthaft und, wie ich meine, mit Erfolg darum, Menschen mit Behinderungen in unseren Betrieben, so kann ich jetzt sagen, einzugliedern und ihnen die ihnen entsprechende Arbeit zu geben. Meines Erachtens können wir hier sagen, dass wir damit Erfolg haben. Es ist ein Erfolg für beide Seiten, für diejenigen, die keine, mindestens keine sichtbare Behinderung haben, aber auch für die Menschen mit Behinderung. Miteinander zu arbeiten, miteinander Ziele zu erreichen, ist für beide Seiten etwas sehr Erfolgreiches und Gutes…. ….. Wir sind unterwegs, wir haben die Ziele noch nicht erreicht, aber wir bemühen uns, diese zu erreichen. Wir hoffen, dass wir nächstes Jahr noch bessere Werte als dieses Jahr nachweisen können.“

Und auch noch im NR diskutiert:

Das Jagdverbot für streunende Katzen

Die Einsetzung eines „Stau-Ombudsmanns“

und die wichtige Frage, was Auslandreisende Parlamentarier und Parlamentarierinnen mit ihren angesammelten Flugmeilen machen dürfen.

Wiederum sind Links und Hinweise zu finden auf der Parlaments-Website www.parlament.ch oder EVP-Themen auf www.evppev.ch

Energiepolitik: Nein zu „CO2-Abgbe und CO2-Kompensationspflicht. Befreiung der Wärme-Kraftkopplungsanlagen (WKK)“

Das Postulat wollte vom Bundesrat einen Bericht, der die Abschaffung der CO2-Abgaben für fossile WKK prüfen soll. Eine Befreiung davon stellt somit eine indirekte Subventionierung im Vergleich zu andern CO2-Emittenten dar. Nun können WKK's energetisch Sinn machen, ganz besonders wenn sie erneuerbar betrieben werden. Damit diese Investitionen gesteigert werden können, sind Abgabe- und kompensations-Befreiung ein geeignetes Mittel. Schliesslich wollen wir alle die Energiewende. So argumentieren die Befürworter. Aber: der Zweck heiligt die Mittel noch lange nicht. Man kann nicht beginnen das CO2-Gesetz auszuhöhlen. CO2-Emittenten dürfen nicht mit staatlichen Sonderregelungen gefördert werden. Selbst die heutige kompensations-Verpflichtung garantiert lediglich eine Stabilisierung. Deren Abschaffung würde gar eine Zunahme der Emissionen bewirken. Es kann also nicht sein, mit einer solchen Subventionierung über die Hintertüre die Energiestrategie 2050 zu sabotieren. Das Postulat wurde mit unserer Hilfe 81 : 80 abgelehnt.

Energiepolitik: „Fukushima – Koalition“ in Schieflage

Das Betriebsende der bestehenden AKW bleibt unklar. Das geltende Recht sieht heute einzig Auflagen an die Sicherheit für die Betriebsbewilligungen von Kernkraftwerken vor. Diese unterliegen der Kontrolle des ENSI (Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat). Solange die Sicherheit eines Werkes garantiert ist, kann es unbefristet betrieben werden. Neu sieht die Energiestrategie 2050 vor, dass bestehende KKW am Ende ihrer sicherheitstechnischen Betriebsdauer stillgelegt werden müssen und nicht durch neue KKW's ersetzt werden. Eine Motion der Energiekommission zu den Laufzeiten wurde vom NR mit 97 : 85 Stimmen vertagt. Sie wollte den Langzeitbetrieb regeln, indem nach 40 Jahren eine Sicherheitsvereinbarung für weitere 10 Jahre abgeschlossen werden könnte, dann soll Schluss sein. Der Bundesrat empfahl die Motion zur Ablehnung, weil die Betreiber Schadenersatzforderungen anmelden für diesen Fall. Die Motion wurde vertagt um ein Scheitern zu verhindern. Die NR-Debatte offenbarte grosse politische Differenzen bei den AKW-Laufzeiten. Zwischen den Linken und der Mitte, die die Energiestrategie 2050 unterstützt, besteht bei den AKW-Laufzeiten kein Konsens. Die Positionen müssen sich einander annähern und Kompromisse eingehen, sonst zersplittern sich die Kräfte für die Energiewende. Ideal wären neue Sicherheitskriterien. Der Fächer an Lösungen muss geöffnet werden. Es wären auch Entschädigungen denkbar, damit die Eigentümer der älteren KKW auf den Weiterbetrieb verzichtete. Damit ist aber wieder der Staat gefragt, die Kantone, denen die Werke gehören, und zuletzt die Steuerzahler.

Staatsvertrag Luftverkehr

Natürlich, wir fordern, dass bei der Umsetzung des Staatsvertrages die Interessen der Bevölkerung mindestens so sehr zu berücksichtigen sind wie die Interessen des Flughafens Zürich. Alle Einwohner/innen im Kt. Zürich und bis in den Thurgau sind Betroffene. „Bürgerprotest Fluglärm Ost“, „Südschneiser“, Bewohner/innen in grossen Städten und Agglomerationen und auf dem Land. Alle finden: der Staatsvertrag genügt nicht, ist ein fauler Kompromiss, ein gefährlicher Kompromiss, ein teurer dazu. Aber aus unterschiedlichen Gründen favorisieren sie teils entgegengesetzte Verbesserungen. Eine faire Lärmverteilungs-Lösung muss unabhängig vom Staatsvertrag gefunden werden. Auf Ebene Parlament muss-

Eingereichte Vorstösse Marianne Streiff und Maja Ingold

Link Vorstösse Marianne Streiff

Link Vorstösse Maja Ingold

te man vor allem abwägen, mit welchem Signal wir mehr Rechte bekommen, bzw. in Zukunft weniger verlieren. Denn seit dem Vertrags-Angebot, das Bundesrat Leuenberger vor vielen Jahren aus den Verhandlungen brachte, und das dann mit Schimpf abgelehnt wurde zwecks besserer Verhandlungsergebnisse, hat sich die Situation laufend zu Ungunsten der Schweiz verschoben. Alle Versuche sind gescheitert, und so hat das Parlament illusionslos der Ratifikation des Vertrages grünes Licht gegeben, um nicht in einer weiteren Verhandlungsrunde noch mehr zu verlieren. Die EVP hat sich stark engagiert für lärmentlastende Anflugverfahren und trägt Pistenausbauten nur mit, sofern diese für einen sicheren Betrieb unerlässlich sind. Sie lehnt Änderungen am Pistensystem ab, wenn diese mit Kapazitätssteigerungen verbunden sind.

Ärztestopp - Wiedereinführung der Zulassungsbeschränkung

Vom Ärztestopp ausgenommen sind Hausärzte und Kinderärzte. Der neue dringende Bedarf für eine neue Beschränkung für Spezialisten ergab sich aus den rasant empor schnellenden Gesuchszahlen. In der vorletzten Session entschied sich der NR für den Zulassungsstopp zusammen mit Maja's Antrag auf Ausnahmeregelung im Sinne einer Lockerung für alle ärztlichen Personen, die ihre fünfjährige FMH-Ausbildung in den in der Schweiz anerkannten Spitälern absolviert haben. Dieser Antrag wurde nun im Differenzbereinigungsverfahren mit dem Ständerat abgeschwächt auf 3Jahre. Ob eine solche Ausnahmeregelung mit dem Freizügigkeitsabkommen mit der EU vereinbar ist, war und blieb umstritten. Zwei Rechtsgutachten kamen zu gegenteiligen Schlüssen. Prof. A. Epiney hält sie für unvereinbar, da sie indirekt Ärzte aus der EU diskriminiere. Prof. Th. Cottier beurteilt den Bedürfnisnachweis al solchen für unvereinbar, die Ausnahmeregelung hingegen für zulässig. Der BR sieht die Regelung als Verstoss gegen die bilateralen Abkommen und andere internationale Vereinbarungen. Umgekehrt verlangen auch andere Länder wie zB. Frankreich eine Zusatzausbildung im Land für Anwälte, selbst in der EU! So überwog im Nationalrat einmal mehr die Argumentation: Der Zulassungsstopp soll nicht gelten für gut ausgebildete Aerzt/innen an anerkannten Weiterbildungsinstitutionen. Das ist vereinfacht gesagt unser Nachwuchs mit Schweizer Spitalerfahrung, dem wir nicht die Türen in die Praxis verschliessen wollen. Auch ausländische Ärzte sollen in mindestens 3 Jahren mit Gesundheitskultur, Sprache, Gesundheitssystem mit Netzwerk der Leistungserbringer vertraut sein, und das Ganze soll für die Patientinnen und Patienten eine Qualitätssicherung sein. Dem schloss sich auch der SR an, somit wurde diese Regelung am 1.Juli 2013 in Kraft gesetzt.

Für Ihr Interesse an unserer Arbeit und für all Ihre Unterstützung danken wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser herzlich.
Ihre
Maja Ingold Marianne Streiff